

# WIE VIEL „PUTINISMUS“ IST IN DER LINKEN?

## Ursachen und Hintergründe

**RUDOLF VAN HÜLLEN** || Das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands auf der Krim und in der Ostukraine hat in Deutschland eine Vielzahl von so genannten „Putin-Verstehern“ auf den Plan gerufen. Im Deutschen Bundestag nimmt diese Rolle am deutlichsten die seit 1989 vier Mal umbenannte SED ein. Hätte sie nicht nach „linken“ Normen eher die Aufgabe, an der Spitze der Putin-Kritiker zu stehen? Ihr „Putinismus“ kennt komplexe Begründungsmuster und erzählt auch die Geschichte einer mindestens teilweise gescheiterten Demokatisierung.

Der Schlagabtausch im Bundestag war grob und erinnerte in seiner Diktion an vergessene Zeiten grundsätzlicher Auseinandersetzungen. Der CDU-Abgeordnete Arnold Vaatz, einst in der DDR-Bürgerrechtsbewegung Mitglied des „Neuen Forums“, stellte in der Debatte vom 26. März 2015 eine Zwischenfrage an den Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Hamburg, außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Thema des Hohen Hauses war die politische Entwicklung in der Ukraine:

„Herr Kollege Gehrcke, ich möchte Sie fragen, wie Sie es wagen können, von Demokratie zu reden, wenn Ihnen der Wille der Mehrheit der Menschen im Baltikum, der Mehrheit der Menschen in der Ukraine, der Mehrheit der Menschen in Moldawien und der Mehrheit der Menschen in Georgien ganz offensichtlich völlig gleichgültig ist. Ihnen geht es in Ihrer Rede nur um eines: Bahn frei für Russland!

Ich schließe daraus, dass Sie in diesem Parlament überhaupt nicht die linke Fraktion sind, als die Sie sich betiteln. Sie sind nichts anderes als der politische Arm des russischen Expansionsismus.

Sie sind auch keine Linken mehr. Seitdem die russische Regierung ihr linkes Mäntelchen abgestreift hat und nach knallrechten expansionistischen Kriterien operiert, blasen Sie genau

in deren Horn. Sie haben jede Glaubwürdigkeit in diesem Land verspielt. Sie waren immer auf der Seite der russischen Aggressionen: Sie waren auf der Seite der russischen Aggressionen, als es 1968 um die Tschechoslowakei gegangen ist, und Sie sind auf der Seite der russischen Aggressionen, wenn es heute um die Ukraine geht.“

Gehrcke bleibt eine Entgegnung nicht schuldig: „So ein glänzendes Beispiel von Antikommunismus, von Verkennen der Realität in Europa, wie Sie es hier vorgeführt haben, hätte ich mir gar nicht ausdenken können. Herzlichen Dank, Herr Vaatz! Ich bin Ihnen dankbar für diese Intervention.“

Ein interessantes Streiflicht: Vaatz führt die Position der Linken zu Russland darauf zurück, dass die Partei – wie im Kalten Krieg – als Interventionsapparat Russlands agiere. Zudem weist er korrekt auf den Widerspruch zu (angeblichen) Werten der politischen Linken hin. Und Gehrcke antwortet, wie er es in den 1980er-Jahren getan hätte: Kritik an Kommunisten sei überholter Antikommunismus, und man möge doch die Realitäten in Europa in Rechnung stellen, die eben gestern wie heute im sowjetischen bzw. russischen Gewaltpotenzial beständen. Der interessante Vorgang macht zwei Vorbemerkungen notwendig:

- Die Linke bildet derzeit die größte Oppositionspartei im Bundestag. Sie steht zwar in direkter Rechtsnachfolge der SED, hat sich aber seit der deutschen Einheit gravierend verändert. Eine marxistisch-leninistische Partei ist sie ohne jeden Zweifel nicht mehr. Wie immer man ihre Haltung zur inneren Ordnung der Bundesrepublik bewerten mag, sie teilt keineswegs den weitgehenden Konsens in außenpolitischen Fragen, der seit Jahrzehnten kennzeichnend für den deutschen Parlamentarismus gewesen ist.
- Für „Putinismus“ als Bezeichnung für das derzeitige Regime in Russland gibt es keinen festgelegten Begriffsinhalt.<sup>1</sup> In der Literatur finden sich unterschiedlich abwertende Bezeichnungen: „gelenkte Demokratie“<sup>2</sup>, „bürokratischer Autoritarismus“<sup>3</sup>, „Demokratie“<sup>4</sup>, „Neopatrimonialismus“<sup>5</sup> und „Sowjetunion 2.0“<sup>6</sup>.

„Putinismus“ steht eher für eine KGB / FSB-Oligarchie, deren wichtigste Figur allerdings der Präsident darstellt. Vereinfacht gesagt: „Putinismus“ ist vor allem ein ur-russisches Phänomen, das nicht nur auf einer kulturellen Prägung durch 70 Jahre Sowjetunion beruht, sondern – wie diese – Bezüge zur Jahrhunderte alten zaristischen Autokratie aufweist. Es hat definitiv nichts mehr mit westlicher Demokratie zu tun. Deren sämtliche Werte werden als falsch abgelehnt: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, auch Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsstaat.

Dennoch ist Russland weder eine marxistisch-leninistische noch eine stalinistische Diktatur: Der ideologisch-philosophische Überbau und die völlig schrankenlose unbeschränkte Willkür der Herrschaftsausübung fehlten bisher.<sup>7</sup> Eher hat man es mit einer Wiederauflage dessen zu tun, was Ernst Fraenkel anhand seiner Untersuchung der ersten Jahre der NS-Diktatur den „Doppelstaat“ nannte: Ein rechtsförmiges, formales Verfassungssystem besteht neben einem willkürlichen Maßnahmestaat.<sup>8</sup> Das positive Recht gilt, aber nur so lange, als es der herrschenden Oligarchie nicht im Weg ist. Für ein solches System ist der konservierte „homo sovieticus“ der ideale und offenbar in Russland real existierende Normbürger. Seit den Protes-

ten gegen Wladimir Putins anfechtbare Wiederwahl hat das Regime die Repression gegen den wahrnehmbaren Rest einer Opposition kräftig verschärft.

Die Ukraine ging einen anderen Weg. Sie hat mit dem durchaus revolutionären Sturz des immerhin ordentlich gewählten Präsidenten Victor Janukowitsch gezeigt, dass sie eine westliche, an die EU angelehnte Entwicklung will. Und dies bedeutet eine existenzielle Bedrohung des „Systems Putin“ in Russland. In der dortigen Bevölkerung gibt es immerhin rund 20 % weltläufige, westlich und kapitalistisch orientierte Eliten.

Durchforstet man die wissenschaftliche Literatur, so findet man für das heutige russische Regime die folgenden Charakteristika: Es existiert keine geschlossene ideologische Konzeption, sondern nach den Maßstäben der „realistischen Schule“ eine pragmatisch orientierte Außenpolitik. Sie denkt in geopolitischen und militärischen Kategorien, die der Westen für veraltet hielt. Ihr Ziel scheint die Wiederherstellung der russischen Großmachtrolle („Novorossija“) zu sein; dies schließt die Re-Annexion der Ukraine mit ein. Nach innen bedient sie sich eines Bündnisses mit der orthodoxen Kirche und wahlweise mythischer Vorstellungen der „russischen Seele“ und des „besonderen russischen Weges“ in Konfrontation mit „dem Westen“.<sup>9</sup>

Die einzelnen, eher situativen Elemente dieses KGB-Realismus lesen sich aber aus der Sicht eines gesinnungsfesten westlichen Linksextremisten so: In Russland gibt es einen Führerkult mit an Stalin erinnernden Dimensionen einschließlich ausgeprägtem Männlichkeitskult (in linker Diktion: „Sexismus“). Die Staatsspitze setzt sich aus einer Oligarchie zusammen, die vorwiegend den Geheimdiensten („Repressionsapparat“) entstammt. Es ist unübersehbar, dass sie sich hemmungslos materiell bereichert („Staatskapitalismus“). Meinungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit sind für oppositionelle Kräfte suspendiert, die Medienlandschaft ist ebenso gleichgeschaltet wie die Justiz. Militärische Macht wird hoch geschätzt, demonstriert und gegebenenfalls auch eingesetzt („Militarismus“). Xenophobie, Homophobie und Antisemitismus werden in Russland nicht nur geduldet. Da das Regime zudem auf marxistische

Analysen und Utopien gänzlich verzichtet und stattdessen Symbiosen mit nationalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen eingeht,<sup>10</sup> läge ein von links geäußertes „Faschismus“-Verdikt durchaus nahe. Das ist demnach ein Paket, vor dem es jedem authentischen Linken grausen muss. Aber eben nur einem authentischen Linken, für den die Vision einer egalitären Gesellschaft im „Kommunismus“ oder die anarchistische Utopie völliger Herrschaftsfreiheit das ethisch-moralische Leitbild bleibt. Im gültigen Programm Der Linken ist diese Vision umschrieben mit einem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Diese Vision setzt die Abschaffung von Kriegen, den Stopp der Zerstörungen unserer Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso voraus wie die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Diskriminierung, von Hunger, Armut und Unterentwicklung.“<sup>11</sup>

Das sind hehre Worte, aber die gewöhnliche, „instrumentelle“ Linke in der Tradition der früheren sowjetmarxistischen Parteien und Gruppen beherrschte schon vor 1989 die dialektische Bewältigung des Problems, formal zu solchen aufklärerisch klingenden Idealen zu stehen und zugleich die Realität kommunistischer Versuche über intellektuell begründete „double standards“ wegzudefinieren. Und zusätzlich gibt es natürlich die auch ideologisch völlig degenerierte, zynische Linke, jene „gauche de caviar“, der es nur noch darum geht, auf dem populistischen Titel sozialer Egalität eigene Macht und eigenen Reichtum zu maximieren. Lassen wir die Frage, um welche Linke es sich bei Der Linken handelt, vorläufig offen.

### **DIE BUNDESTAGSFRAKTION DER LINKEN UND DER UKRAINE-KONFLIKT**

„Putinismus“ – gedacht als Zustimmung zum real existierenden Herrschaftssystem in Russland auf der Grundlage innerer Überzeugung – müsste nämlich bedeuten: Die Linke als Partei träte entweder offen oder mehr oder weniger verschämt heimlich für die geschilderten

Elemente des Putin-Regimes ein. Dafür gibt es indessen keinen direkten Beleg. Richtig ist allenfalls, dass sie die russische Außenpolitik rechtfertigt und sich zu ihrem Fürsprecher macht. Sie übernimmt auch deren agitatorische Narrative. Aber sie lobpreist nicht die inneren Verhältnisse in Russland.

Begeben wir uns ein wenig in die inneren Verhältnisse dieser Partei. Sie ist zwar keine marxistisch-leninistische Kaderpartei mehr. Dennoch zeichnet sie sich unter anderem durch einen linksextremen Binnenpluralismus aus, in dem orthodox-kommunistische, reformkommunistische, linkssozialistische, stalinistische, trotzkistische und gewaltorientiert-autonome Ansätze gedeihlich miteinander koexistieren.<sup>12</sup>

Zusätzlich gibt es vor allem in den ostdeutschen Parteigliederungen demokratisch-linke Strömungen. In der Bundestagsfraktion und der Parteispitze und besonders in den westdeutschen Parteigliederungen spielen sie aber nicht die Rolle, die man sich für eine Linke als demokratischen Akteur wünschen würde. Da die außenpolitische Orientierung einer Partei nun mal nicht an der Basis, sondern an der Spitze gebildet wird, muss man für die Klärung der Frage, wie viel „Putinismus“ es in Der Linken gibt, die Positionen der Bundestagsfraktion und ihrer dort fachlich zuständigen Akteure darstellen. Denn es sind diese Funktionäre, die dem beschriebenen Dissens zur bundesdeutschen Außenpolitik Ausdruck verleihen.

Die außenpolitisch engagierten und in der Ukraine-Frage als Kristallisationspunkt aktiven Abgeordneten sind über ihre Kleinen Anfragen an die Bundesregierung relativ leicht identifizierbar. Es ist durchaus hilfreich, diese Personen nach ihrer ideologischen Herkunft zu sortieren.

Zu einer ersten Gruppe gehören die bekennenden Parteigänger der früheren Sowjetunion. Sie sammelten sich üblicherweise in der SED und in der DKP.<sup>13</sup> MdB Wolfgang Gehrcke, Jg. 1943, ist außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Bevor er in den frühen 1980er-Jahren DKP-Bezirksvorsitzender in Hamburg wurde, absolvierte er einen Zweijahreslehrgang an der Internationalen Leninschule in Moskau.<sup>14</sup> Ein solcher Lehrgang galt nicht nur in der DKP als Adelsprädikat. Er hinterließ auch

bei den Kursteilnehmern in der Regel eine starke Identifikation mit der Sowjetunion: Die Russen vermochten nämlich ihre Eleven wesentlich stärker emotional einzubinden als die SED mit den Jahreslehrgängen an der Parteischule „Franz Mehring“.

Zu erwähnen ist weiterhin MdB Andrej Hunko aus Aachen, Jg. 1963, Mitglied im EU-Ausschuss des Bundestages. Hunko hat ukrainische Wurzeln, sein Großvater kämpfte in der Ukrainischen Nationalarmee gegen Stalin, der Vater war Sozialdemokrat und Antikommunist.<sup>15</sup> Die Familienbeziehungen dürften demnach politisch schwierig gewesen sein, zumal Hunkos Position derjenigen seines Genossen Gehrcke nicht fern liegt. Schon 2014 konnte er acht Ukraine-Reisen vorweisen. Und diese dienten nicht etwa einer Unterstützung der Maidan-Bewegung.

Was die „sowjetische Fraktion“ so treibt, hat es nämlich in sich: Im Februar 2015 reisten Gehrcke und Hunko in den Donbas, hinterließen 130.000 Euro Spendengelder, angeblich für Krankenhäuser, ließen sich vom dortigen Warlord ein wenig durch die Stadt fahren und anschließend ein Foto von der „freundschaftlichen Begegnung“ veröffentlichen.<sup>16</sup> Das könnte man natürlich auch nach § 129 b StGB als „Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ bewerten. Indessen rührte sich in dieser Sache weder der Generalbundesanwalt noch die Partei der Ostukraine-Urlauber.

Ausdrücklich nicht zur DKP, aber wohl nach hiesiger Bewertung in den Club der orthodoxen Marxisten-Leninisten zu sortieren ist die smarte Abgeordnete Sevim Dagdelen aus Duisburg, Jg. 1966. Nur ihre Vergangenheit in der DIDF<sup>17</sup> würde auf ihre orthodox-kommunistische Ausrichtung hinweisen, wären da nicht ihre zahllosen beinah auf der Basis eines Leninschen Antiimperialismus gehaltenen Reden.

Und schließlich müsste man hier noch eine Trotzkin nennen: Christine Buchholz aus Hamburg, Jg. 1971, Mitglied im Verteidigungsausschuss, verteidigungs- und religionspolitische Sprecherin der Fraktion, war einst deutscher Spitzenkader des trotzkistischen Dachverbandes International Socialist Tendency (IST, London). Dieser hatte schon 2003 die Weisung zum

Schulterschluss mit Islamisten als vermeintliche Widerstandskämpfer gegen den „Imperialismus“ ausgegeben. Und so galt Buchholz' solidarische Zuwendung auch in erster Linie den afghanischen Taliban. Russland ist eher nicht Gegenstand ihrer „antiimperialistischen“ Aktivitäten.

Damit sind wir bei der „Palästina-Solidarität“-Lobby innerhalb Der Linken – und noch immer bei ihrem westdeutschen Risikoflügel. Hier finden wir Inge Höger (Jg. 1950), abrüstungspolitische Sprecherin und Mitglied im Bundestagsausschuss Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Höger trägt schon mal gerne einen Schal, der ein Palästina ohne Israel zeigt.<sup>18</sup> Nicht wesentlich anders sieht das Profil ihrer Fraktionskollegin Annette Groth, Baden-Württemberg (Jg. 1954), Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, neuerdings menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion, aus. Höger und Groth nahmen im Mai 2010 an der so genannten „Gaza-Flottille“ teil, bei der türkische Islamisten ein Schiff gechartert hatten, um Material und offenbar auch Waffen in den Gaza-Streifen zu bringen. Als die israelische Küstenwache das Schiff stoppte, wurden deren Soldaten angegriffen. Auf Seiten der Islamisten gab es Tote, und die unter Deck befindlichen deutschen Vorzeige-Antiimperialisten wurden nach ihrer Rückkehr in der Partei als Helden gefeiert. Ihr originäres Interesse bezieht sich demnach nicht unbedingt auf die osteuropäischen, sondern eher auf die nahöstlichen Verhältnisse. Die beiden Damen sind übrigens vom Simon-Wiesenthal-Center in die Top Ten der bekennenden Antisemiten aufgenommen worden.<sup>19</sup>

Egal, was man von solchen Lobbyisten für Unrechtsregime und Terroristen halten mag: Bei keinem findet man ein offensives Bekenntnis zugunsten der innerrussischen Verhältnisse, eher schon gelegentlich Kritik am russischen Vorgehen – das aber fast durchgehend als „defensiv“ und „reaktiv“ entschuldigt wird.

## **BUNDESTAGSANFRAGEN ALS SPIEGEL IDEOLOGISCHER NARRATIVE**

Die Position der Partei lässt sich sehr wohl aus ihren Anfragen im Bundestag erschließen. Sie zeigen ein deutliches Bild, das einerseits Schuldzuweisungen, andererseits gezielte Aus-

blendungen aufweist. Zu Letzteren gehört, dass es selten einen russischen Akteur gibt. Sind die Russen irgendwie beteiligt, wird zumeist im Passiv formuliert – der Handelnde fällt dann semantisch weg. Die übrigen, zumeist negativ konnotierten Akteure sind die Bundesregierung, die EU, die NATO, der „Westen“ als Täter, die ukrainische Regierung Poroschenko und in deren Kern die ukrainischen „Faschisten“ als Helfershelfer.

Blickt man über die Kleinen Anfragen der Fraktion, dann werden die Wahrnehmungen und Agitationsmuster deutlich: „Mögliche Zusammenarbeit der EU-Polizeimission mit rechtsextremen bewaffneten Kräften“ (BT-Drs. 18/3962 vom 15. Februar 2015); die Suggestion kennt man in der Autonomen-Szene unter dem Rubrum „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“. Am 28. April fragt die Partei nach „Wirtschaftlichem Aufbau der Ukraine und Konfliktentschärfung durch humanitäres Engagement, Friedensförderung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ (BT-Drs. 18/4771) mit der Botschaft: Der Konflikt wird vom Rechtsextremismus befeuert und ist innerukrainisch durch vermehrte Sozialleistungen zu lösen. Um „Erkenntnisse der Bundesregierung über die Situation von Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine“ geht es in BT-Drs. 18/5073 vom 27. Mai 2015. Diese Anfrage zeigt geradezu paradigmatisch die „double standards“ in der Wahrnehmung des Konflikts: Zwar ist es üblich, dass ein angegriffener Staat wie die Ukraine seine Reservisten einberuft, für Die Linke handelt es sich dabei aber um die Unterstützung einer faschistischen Aggression. Was vordergründig als Besorgnis um die Rechte von Wehrdienstverweigerern, also „pazifistisch“ daherkommt, ist nichts anderes als „Antiimperialismus“ und die Prolongation der klassischen kommunistischen Vorstellung von „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen. Der russische Militarismus einschließlich der bekannten sozial problematischen Aspekte des dortigen Wehrdienstes werden nämlich mit keinem Wort erwähnt.

Auch die Anfrage „Reaktionen der Bundesregierung auf das Verbot kommunistischer Symbole in der Ukraine“ (BT-Drs. 18/5086 vom 3. Juni 2015) lässt auf eine ausschließlich ideologisch zentrierte Sichtweise schließen:

Vom Verbot der Symbole der kommunistischen Massenverbrechen wird auf den „faschistischen“ Charakter der ukrainischen Regierung geschlossen. Bei solch zwar fleißiger, aber durchsichtiger Agitation stellt sich die Partei bisweilen selber ein Bein, so bei der Anfrage „Der ukrainische Bürgerkrieg und die rechts-extreme Szene“ vom 13. März 2015: „Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über (weitere) deutsche Staatsbürger vor, die ukrainische Bürgerkriegsparteien durch Spenden, Material- oder Sachsendungen unterstützen oder dazu aufrufen (bitte möglichst detailliert aufgliedern unter Angabe des politischen Hintergrundes sowie der Bürgerkriegspartei, die unterstützt wird) ...“

Diesem Informationsbedürfnis hätte man durch eine detaillierte Schilderung der Gehrcke / Hunko-Reise leicht umfassend genügen und zugleich ein schönes Stück Aufklärung über die Anfrager leisten können. Das ist in der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 18/4536 vom 1. April 2015) leider unterblieben und illustriert, dass eine Auseinandersetzung in der Sache jenseits formaljuristischer Floskeln offenbar nicht vorgesehen ist.

Damit sind wir eigentlich schon bei den von der „Linken“ vertretenen Erklärungsmustern und Narrativen zur Entwicklung in der Ukraine. Selbstverständlich lehnen sie sich an die ohnehin im Umlauf befindlichen Narrative der (nicht-extremistischen) „Putin-Versteher“ an. Dazu zählen u. a. die entschuldigende Legende, Russland reagiere auf eine „Einkreisung“ durch den Westen (ein altes Argumentationsmodell schon aus der Stalinschen Epoche), die NATO habe Russland 1990 zugesichert, sich nicht nach Osten auszudehnen,<sup>20</sup> oder der Westen habe mit dem Angriff auf Restjugoslawien 1999 eine völkerrechtlich ebenso bedenkliche Aktion unternommen wie die Krim-Annexion.<sup>21</sup> Als sich die Bundesregierung am 15. Februar 2015 veranlasst sah, den Mitgliedern des Bundestages einen so genannten „Realitätscheck“ zum Ukraine-Konflikt zur Verfügung zu stellen, löste dies eine Anfrage der Fraktion Die Linke (BT-Drs. 18/4275 vom 5. März 2015) aus. Sie zeigt das Alleinstellungsmerkmal der Partei gegenüber anderen „Putin-Verstehern“. 18 von insgesamt 47 Fragen der fleißigen Polemik kreisen nämlich

um das Thema, dass in der Ukraine mehr oder weniger maßgeblich „Faschisten“ für die Konfrontation mit Russland verantwortlich seien. Dieses Narrativ arbeitet demnach mit einer emotional hoch wirksamen Feindbildproduktion, die es ihm ermöglicht, die russischen Aggressionshandlungen komplett auszublenden. Die berühmten „grünen Männer“ auf der Krim, auch die Unterstützung der Insurgenten in der Ostukraine durch tschetschenische und andere Söldner, die erwiesenen russischen Waffenlieferungen – all das findet nicht statt.

### „AUTHENTISCHE“ ODER „INSTRUMENTELLE“ LINKE?

Hier liegt auch der Schlüssel zur Frage, mit welcher Linken man es bei Der Linken zu tun hat. Im Handeln ihrer Partei- und Fraktionspitze werden die antagonistischen Widersprüche, die das Putin-Regime zu „linken“ Werten einnimmt, derartig vollständig ausgeblendet, dass es für die Existenz eines authentischen „linken“ Weltbildes im Sinne aufklärerischen Denkens nicht mehr die geringsten Anhaltspunkte gibt. Diskussionswürdig ist allenfalls noch, ob wir es mit einer gänzlich zynischen „gauche de caviar“ zu tun haben oder mit jener dialektischen Wirklichkeitswahrnehmung, die eigene Utopien und Ziele zugunsten taktischer, auch langfristiger Umwege zu suspendieren versteht. Ein solches Verhalten lässt sich aus einer Leninschen Tradition heraus begründen. Es ist für eine solche Partei nicht ohne Risiko, weil es Falschspiel nach außen und (Selbst-)Täuschung nach innen als Betriebsmodus installiert. Daran ist allerdings zumindest ein Teil der Akteure durch lebenslange Sozialisation gewöhnt.

Überraschend ist dennoch, dass der „Putinismus“ in der Linken weniger Erschütterungen auszulösen scheint als im August 1939 der Hitler-Stalin-Pakt bei den seinerzeitigen kommunistischen Parteien. Das mag auch auf einen relativen Bedeutungsverlust der Utopie zurückzuführen sein. Die Feindbildkonstruktionen sind inzwischen offensichtlich von größerer Bedeutung. So gibt es zwar keine begeisterte Zustimmung zu dem homophoben, sexistischen, demokratiefeindlichen, anti-egalitären und militaristischen Elementen des „Putinismus“. Aber er ist ein wiedergewonnener Verbündeter beim

Kampf gegen den verhassten Westen. Und diesem sieht man halt das eine oder andere nach – an doppelte Standards in Sachen intellektuelle Redlichkeit ist man schließlich seit Lenin über Generationen gewöhnt.

Insofern liegt Arnold Vaatz höchstwahrscheinlich richtig: Die Linke ist keine authentisch linke Partei im Sinne der Werte der Französischen Revolution und der Aufklärung. Mit „dialektischen“, also doppelten, Standards in Sachen Wahrheit kommt sie offensichtlich problemlos zurecht. Und ob diese „instrumentelle“ Linke noch weiter zur „gauche de caviar“ degeneriert, ist vorläufig nicht ausgemacht.

Vom Ergebnis her betrachtet ist es auch ziemlich gleichgültig.

---

### DR. RUDOLF VAN HÜLLEN

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher,  
Krefeld; Lehrbeauftragter an der Universität Passau

---

### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Als Schlagwort bei Laqueur, Walter: *Putinismus – Wohin treibt Russland?*, Berlin 2015.
- <sup>2</sup> Mommsen, Margareta / Nussberger, Angelika: *Das System Putin – Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland*, Berlin 2007.
- <sup>3</sup> Gudkov, Lev / Zaslavsky, Victor: *Russland – kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang*, Berlin 2011.
- <sup>4</sup> Reitschuster, Boris: *Putins Demokratie. Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt*, Berlin 2007.
- <sup>5</sup> Gabowitsch, Mischa: *Putin kaputt? Russlands neue Protestkultur*, Berlin 2013. Die vorherigen Nachweise verdanke ich der Studie von Roick, Michael: *Lebt Putin in einer (anderen) Welt? Versuch, die russische (Außen)Politik zu verstehen*, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam 2014.
- <sup>6</sup> Krielaars, Michel: *Het kleine koude front. Hoe de Westen Rusland uit de oog verloor*, Amsterdam 2014, S. 5.
- <sup>7</sup> Zur Vermutung, dass dies nachgeholt werden könnte, siehe Halbach, Uwe: *Russland im „Wertekampf“ gegen den Westen. Propagandistische und ideologische Aufrüstung in der Ukraine-Krise*, Stiftung Wissenschaft und Politik SWP 43/2014, Juni 2014.
- <sup>8</sup> Fraenkel, Ernst: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941, mehrere dt. Ausgaben.

- <sup>9</sup> Dabei wurden auch ideologische Dienstleistungen des obskuren Weltdeuters Alexander Dugin nicht verschmäht – allerdings nur so lange, wie sie sich für das Regime als nutzbar erwiesen; vgl. dazu Salzborn, Samuel: Messianischer Antiuniversalismus. Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin im Spannungsfeld von euroasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (Bd. I), hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2014, S. 240-258.
- <sup>10</sup> Bei den Kontaktpartnern handelt es sich um die griechische „Morgenröte“, die bulgarische „Ataka“, um die ungarische Jobbik, vor allem aber um den französischen Front National, dessen Führerin Marine Le Pen sich besonderer Wertschätzung des Präsidenten Putin erfreut.
- <sup>11</sup> Erfurter Programm Die Linke von 2010, Ziff. III. Diese Passage beschreibt allerdings keine Idylle, sondern in Marx' und Engels Vision die Gesellschaft nach der Revolution: nämlich die Diktatur des Proletariats. Was sich hier humanistisch anhört, wird von geschulten Marxisten durchaus so verstanden, wie es die Altmeister gemeint hatten.
- <sup>12</sup> So meine Feststellung in van Hüllen, Rudolf / Bergsdorf, Harald: Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 180.
- <sup>13</sup> Die DKP ist ganz ungeniert in ihrer Verteidigung des Putinismus. Sie veröffentlicht Heldengeschichten über Klassenkämpfer aus den von russischen Söldnern okkupierten Gebieten Lugansk und Donezk und sie „beweist“ anhand der Leninschen Imperialismustheorie, dass Russland als Autokratie mit staatsgelenkter Wirtschaft nun unmöglich „imperialistisch“ sein könne und daher sein Vorgehen gegen den „Faschismus“ in der Ukraine auch völlig gerechtfertigt sei.
- <sup>14</sup> Eigenangabe von Wolfgang Gehrcke in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS), 5.3.2006.
- <sup>15</sup> Vgl. FAS, 10.1.2010.
- <sup>16</sup> Nachzusehen bei <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-kiew-beschwert-sich-ueber-linke-politiker-hunko-und-gehrcke-a-1019713.html>
- <sup>17</sup> Abkürzung für Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine), eine 1980 entstandene Organisation der türkischen „Neuen Linken“, also marxistisch-leninistisch ohne ausdrückliche sowjetische Anbindung.
- <sup>18</sup> Nachzusehen bei <http://eussner.blogspot.de/2011/05/inge-hoger-annektiert-israel.html>
- <sup>19</sup> Die „Auszeichnung“ wurde ihnen allerdings nicht wegen der Gaza-Flottille, sondern erst 2014 wegen nachhaltiger und fortgesetzter antisemitischer Aktivitäten verliehen: [http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT\\_2014\\_FINAL-1-13-2015.PDF](http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT_2014_FINAL-1-13-2015.PDF), und: <http://www.israelnetz.com/nachrichten/detailansicht/aktuell/bundestagsabgeordnete-auf-antisemiten-liste-90590/>
- <sup>20</sup> Eine solche Aussage gab es 1990, also vor der Auflösung der Sowjetunion (24.12.1991). Selbstverständlich konnten die souverän gewordenen Staaten aus der früheren Sowjetunion (Litauen, Lettland, Estland) ebenso wie die sonstigen osteuropäischen Staaten nach dem Zerfall des Warschauer Pakts ihre Bündnisorientierung souverän wählen.
- <sup>21</sup> Die Luftangriffe auf Serbien dienten allerdings der Verhinderung eines bereits in Lauf gesetzten Völkermordes im Kosovo, was man von der russischen Besetzung der Krim nicht gerade behaupten kann. Zu den gängigen der „Putin-Versteher“ vgl. Roick: Lebt Putin in einer (anderen) Welt?, S. 40-44.